

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Gewerkschaftsprobleme

Zu dem am 8. Juli 1960 abgeschlossenen Abkommen über die stufenweise Einführung der 40-Stunden-Woche in der deutschen Metallindustrie hat *George Meany*, der Präsident der AFL-CIO, an die IG Metall ein Glückwunschsreiben geschickt, das in den *Freigewerkschaftlichen Nachrichten* (Nr. 7) der AFL-CIO veröffentlicht ist:

„Im Namen der 13,5 Millionen Mitglieder der AFL-CIO sende ich der IG Metall herz-

lichste Glückwünsche zu dem großen Erfolg. Die Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten ist seit über zwei Jahrzehnten im Genuß der gesetzlich festgesetzten 40-Stunden-Woche. In einer Anzahl von Industrien arbeiten die Arbeiter sogar noch weniger Stunden auf Grund tariflicher Bestimmungen. Die AFL-CIO fordert jetzt ein Bundesgesetz, das den 7-Stunden-Tag und die 35-Stunden-Woche vorsieht, als ein Mittel, um den durch die zweite industrielle Revolution aufgeworfenen Problemen zu begegnen und den Arbeitnehmern einen gerechten Anteil an den Früchten des wirtschaftlichen Fortschritts zu sichern. Die amerikanischen Erfahrungen haben gezeigt, daß die Kürzung der Arbeitszeit nicht nur der Arbeiterschaft,

sondern dem ganzen Lande dient. Die Einführung der 40-Stunden-Woche hat zu der Erhaltung der wirtschaftlichen Prosperität, einem steigenden Lebensstandard, besseren Beziehungen zwischen den Sozialpartnern und wachsender Teilnahme der Arbeiter am staatsbürgerlichen Leben geführt...

Während hinter dem Eisernen Vorhang die lang versprochene Kürzung der Arbeitszeit, wenn überhaupt, nur stockend verwirklicht wird und immer von höheren Arbeitsnormen und Lohnsenkungen begleitet ist, hat es die IG Metall dank ihrer Stärke, der Entschlossenheit ihrer Führung und der Solidarität ihrer Mitglieder in freien Tarifverhandlungen durchgesetzt, daß nicht nur die Arbeitswoche bedeutend gekürzt, sondern auch voller Lohn und Gehaltsausgleich gewährt wird. Wir hoffen, daß die bahnbrechende Tat der IG Metall bald der gesamten deutschen Arbeiterschaft die Segnungen der 40-Stunden-Woche bringen wird."

Ergänzend sei auf einen Bericht aus *Großbritannien* hingewiesen, der im *Bulletin des Internationalen Metallarbeiterbundes* (Nr. 8) veröffentlicht ist. Der Bund der Schiff- und Maschinenbauergewerkschaften hat mit dem Arbeitgeberverband der Maschinen- und Schiffbauindustrie die Verkürzung der 5-Tage-Woche von 44 auf 42 Stunden, ohne Lohn einbuße, vereinbart. Der Bericht bezeichnet das Abkommen als Erfolg mehrjähriger gewerkschaftlicher Arbeit, stellt dann aber fest: „Obschon das Abkommen über die Arbeitszeitverkürzung allgemein in der ganzen Industrie begrüßt wird, und trotz der Forderung nach einer zusätzlichen Reallohnverbesserung, wird mit allem Nachdruck betont, daß es sich bei der erreichten 42-Stunden-Woche nur um eine vorübergehende Lösung handelt. Das Ziel ist nach wie vor 40 Stunden, und die Arbeiter, deren Unterstützung zu der erfolgreichen Lösung führte, stehen geschlossen hinter diesem Ziel. Der Bund hat somit den Arbeitgebern klargelegt, daß er auf einer weiteren Reduktion um zwei Stunden innerhalb der nächsten zwei Jahre bestehen werde.“

Einen bedeutenden Beitrag zum Verständnis der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung und ihrer spezifischen Probleme stellt eine sehr gründliche Analyse des großen amerikanischen Stahlarbeiterstreiks von 1959 dar, die Prof. Dr. *Adolf Sturmthal* in den *WWI-Mitteilungen* (Nr. 7/8) veröffentlicht.

Ist die Klassengesellschaft wirklich überholt?

Diese Frage stellt *Alfred Horné* in Nr. 6 der *Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft* (München). Zunächst kommt Horné auf den Vorgang der Restaurierung der Klassengesellschaft zu sprechen:

„1945 und noch einige Jahre danach schien tatsächlich die Klassengesellschaft überholt. Keiner hätte gewagt, eine Wiederholung jener verhängnisvollen Fehler gutzuheißeln, die eine spätestens 1945 zu Ende gegangene feudalfaschistische Gesellschaft heraufbeschworen hatte. Heute sieht es fast so. aus, als würden alle vom Podium der *Fiktion einer Gleichberechtigung* gegen jede gesellschaftliche Reform protestieren, als habe das *allgemeinverbindlich erklärte Grundgesetz des Wohlstands* jede Korrektur an der Ordnung unserer Gesellschaft ein für alle Mal als verfassungswidrig erklärt.“

Es gab einige wenige, die die Restaurierung der Klassengesellschaft vorausgesagt haben. Professor *von Nell-Breuning*, einer unserer anerkanntesten Sozialwissenschaftler, hat schon 1948, also vor zwölf Jahren, darauf hingewiesen, daß ebenso, wie der Klassenkampf überwunden werden müsse, auch die kapitalistische Klassengesellschaft abzulösen sei, die im westlichen Nachkriegsdeutschland wieder sich zu stabilisieren beginne. Und er hat — vielen zum Ärgernis — die liebgeordnete Illusion, die christliche Soziallehre verbiete die Klassenauseinandersetzung, zerstört. Gewiß sei, so meinte er, der *Klassenkampf* zu entgiften, dürfe nicht mehr der pure Haß der einen gegen die andere Klasse angestachelt werden, aber die *Klassenauseinandersetzung* sei nicht nur in Kauf zu nehmen, sondern geradezu notwendig, um eine *Gesellschaftsordnung* zu erreichen, die der *Gerechtigkeit* am nächsten komme und das *Gemeinwohl* am sichersten gewährleiste.

Freilich gibt es Wirtschaftspolitiker, für die das Gemeinwohl nach ihrer eigenen Definition nur ein sentimentales Monstrum ist; sie halten Auffassungen wie die von Professor von Nell-Breuning für religiöses Geschwätz und meinen, in einer nach den Regeln der Profitgier, des Egoismus und der Interessentenvorteile eingerichteten Wirtschaftsgesellschaft zählten ethische Kategorien allenfalls zu den Arabesken der Fassadenverschönerung. Vielleicht merken sie nicht einmal, daß sie mit wüstem Eifer dabei sind, dem Klassenkampf ein makabres Come-back zu sichern. Behielten sie in der Auseinandersetzung unserer Gegenwart das letzte Wort, so zeigte sich spätestens dann, wenn uns oder unseren Kindern der politische und der ökonomische Kommunismus auf Tuchfühlung naherückt, was sie angerichtet haben. Nur infantiler Leichtsinns oder ein verwerflicher politischer und wirtschaftlicher Opportunismus kann dazu raten, in den Gegnern unserer heutigen Klassengesellschaft lediglich wirkliche oder verkappte Kommunisten zu sehen. Dadurch wird genau denen ein Privileg für die Überwindung der Klassengesellschaft eingeräumt, die alles andere als die Zukunft einer Gesellschaft freier Menschen gewährleisten.“

Mit Bitterkeit stellt dann Horné fest: „Der Gegensatz, den uns die Reichtums- und Armutsgeographie unserer Welt zeigt, der juckt uns nicht einmal.“ Danach fährt er fort: „Es gibt asoziale Armut. Ihr Gegenstück ist asozialer Reichtum. Eine Gesellschaft, die vorgibt, christlich, sozial, freiheitlich zu sein, muß beides beseitigen.“ Und weiter sagt er:

„Die Nutznießer und Anwälte des Reichtums, der Privilegien, der gesellschaftlichen Vorherrschaft — sie werden jeden Kritiker des Neids bezichtigen und ihn damit zu disqualifizieren suchen. Aber man darf den Mut zur Kritik nicht aus Angst vor reputations-schädigenden Verdächtigungen ausschließlich dem politischen Kabarett überlassen. *Man muß auf Änderungen unserer gesellschaftlichen Zustandsordnung hoffen, und man muß sogar einiges dafür tun.* Vielleicht sogar deswegen, weil man dies als eine unerläßliche Voraussetzung für eine demokratische Zukunft ansieht.“

Abschließend schreibt Horné: „Es scheint, als laufe das alles auf die gewiß nicht neue Erkenntnis hinaus, Armut und Reichtum habe es immer gegeben, und seit Menschen auf der Erde lebten, stritten sie sich um den Platz an der Sonne; es werde wohl auch immer so bleiben, daß die einen im Licht, andere im Schatten und wieder andere im Halbdunkel lebten. Die Tatsache ist unleugbar; nur, wie man sich dazu verhält, ob man sie für ein Element der Ordnung ansieht, ob man sich mit ihr gleichgültig abfindet oder aus eigen-nütziger Spekulation ihr Beifall zollt, oder ob man sie in ständiger Auseinandersetzung zu ändern sucht — das entscheidet schon fast darüber, welcher Klasse man sich zugehörig betrachtet.“

Eine schönfärberische Verschleierung nüchterner Gegensätze hilft nicht weiter; aber es gibt auch eine Solidarität, die diagonal durch unsere Gesellschaftshierarchie verläuft und keineswegs parallel zur Einstufung beim Finanzamt. Der Übereinkunft, sich gleichgültig, selbstsüchtig oder heuchlerisch mit der Gesellschaft abzufinden, muß eine andere Übereinkunft entgegenstehen: *diese Gesellschaft und ihre Ordnung zu ändern.* Noch können wir Methode und Ziel dieser Änderung wählen und in freier Übereinkunft bestimmen. Was schätzen Sie, wie lange die Frist noch reicht?“

Zum Thema Afrika

Einen hervorragenden Beitrag zum Thema Afrika bietet das Septemberheft der Zeitschrift *Atlantis*. Aufsätze sachkundiger Autoren finden eine ungewöhnlich eindrucksvolle Ergänzung in einem überaus reichen Bildmaterial. In ausgezeichneten Photographien der wichtigsten führenden Politiker afrikanischer Staaten wird uns die Vielfalt dieses Kontinents

besonders deutlich; photographische Aufnahmen der verschiedensten afrikanischen Städte und Siedlungen, des traditionellen Handwerks und rasch entstehender Industriezentren ergänzen diese Eindrücke. Von ungewöhnlicher Schönheit und Eindringlichkeit ist eine Serie von zwölf Photographien aus dem Kongo. Vor allem wegen dieses Bildmaterials hat das Heft dauernden Wert.

Aus den letzten Heften der Monatsschrift *Afrika* (München) sei auf einige Aufsätze hingewiesen. In Heft 7 finden wir Interviews mit dem tunesischen Staatspräsidenten Bourguiba und mit Gabriel Lisette, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Republik Tschad, ferner einen Aufsatz von A. Oginga Odinga (Nairobi) über die politische Entwicklung Kenyas. Aus Heft 8 nennen wir einen Aufsatz von Robert Poupart über „Soziale Gegensätze und moderne Parteien in Ruanda-Urundi“ und eine Untersuchung der politischen Tendenzen und Parteien in Uganda von W. Senteza Kajubi.

Geist und Tat bringt in Heft 8 einen Aufsatz von *Ruth Kadalie* über den weißen Nationalismus in Afrika, insbesondere in Nord- und Südrhodesien, in Njassaland und Kenya. Über die Arbeiterbewegung in Kenya berichtet *Tom Mboya*, der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes von Kenya, in *Arbeit und Wirtschaft* (Nr. 8). Über die Möglichkeiten neuer Zusammenarbeitsformen zwischen EWG und Afrika äußert sich Dr. *Rainer Hellmann* in *Der Volkswirt* (Nr. 24). Im *Monat* (Heft 141) schreibt *Herbert Kaufmann*, ein guter Afrikakenner, sehr interessant über Westafrika („Westafrika ist kein Museum — Die Europäisierung ist nicht rückgängig zu machen“).

Eine sehr gründliche und interessante Arbeit „Um die Zukunft Afrikas“ lesen wir im Septemberheft der *Schweizer Monatshefte*; ihr Verfasser, Dr. *Willwerner von Bergen*, ist Referent bei der Europäischen Investitionsbank in Brüssel. Mit bemerkenswerter Unvoreingenommenheit behandelt der Autor vor allem folgende Aspekte der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Afrika: das Streben nach Unabhängigkeit als einziges Ziel — die Infiltrationspolitik des Ostens in Afrika — die Notwendigkeit, die Hilfe des Westens zu koordinieren — die Republik Kongo und andererseits die Südafrikanische Union als Brennpunkte des politischen Geschehens — die wirtschaftlichen Schwerpunkte einer internationalen Zusammenarbeit in Afrika. Zu all diesen Aspekten liefert der Verfasser in seiner umfangreichen Arbeit interessantes Material und anregende Gesichtspunkte. Den verantwortlichen Männern in der Südafrikanischen Union ruft er zu, „daß die Zeit einer Isolierung von den übrigen Teilen Afrikas vorbei ist und das bewußte Übersehen einer unaufhaltsamen Entwicklung, die

die Freiheit und Gleichberechtigung der schwarzen Bevölkerung zum Ziele hat, zu einer Katastrophe führen muß“. Den Westen ermahnt er eindringlich zu einer gemeinsamen Afrikapolitik: „Die jungen, vor kurzem erst unabhängig gewordenen Staaten sind auf die Unterstützung des Auslandes angewiesen. Sie werden die Angebote annehmen, die ihnen als die günstigsten erscheinen, und die Hilfe in Anspruch nehmen, die ihnen rasch gewährt werden kann. Der Osten war besonders im Laufe der letzten beiden Jahre im Einsatz seiner Mittel schneller, entschlossener und teilweise erfolgreicher; der Westen hat jedoch noch alle Chancen, sich bei einer abgestimmten und koordinierten materiellen und technischen Hilfe das Vertrauen der jungen Staaten Afrikas zu erwerben.“

Berlin-Krise nur durch Übereinkommen mit der SU lösbar

„Die Berliner Schlinge“ heißt ein Aufsatz von *Karl Gerold* in der *Frankfurter Rundschau* (10.9. 1960), in dem Gerold die deutschen Politiker und den Westen aufruft, „zu erkennen, daß in Europa das Berlin-Deutschland-Problem hochgespielt wird und wohl kaum mehr in den diplomatischen Schubladen versenkt werden dürfte. Wir meinen damit, daß

wir vor weiteren überraschenden Vorstößen nicht gesichert sein werden und solange keine Ruhe bekommen dürften, als wir nicht zu einer Übereinkunft mit der Sowjetunion über Berlin und Deutschland gelangen“. Gerold erklärt dann, militärische oder kriegerische Gefahren beständen im Zusammenhang mit Berlin und Deutschland nicht: „Hier wird der Nachklang des Hitlerkrieges, des verlorenen Krieges der Deutschen, politisch ausgekämpft mit allen Druckmitteln — nur nicht mit Raketen oder dem Blut unserer westlichen Verbündeten. Und deshalb erhebt sich die harte Frage für viele politisch bange Stunden, die da kommen: Wo steht die Bundesregierung mit ihrer bisherigen Außenpolitik, um die Kraftverhältnisse in West und Ost richtig einzuschätzen und um mit einer klugen Politik zu Nutz und Frommen des deutschen Volkes handeln zu können?! Wir fürchten, sie ist mit ihren bisherigen Vorstellungen nicht sehr weit gekommen. Aber wir halten eine Revision bestimmter außenpolitischer Grundsätze für noch möglich. Freilich ist eine solche Revision nicht mit politisch untermauerten Atom-Denkschriften von Bundeswehrgeneralen in Einklang zu bringen. Wohl aber muß es möglich sein, in Vereinbarung mit der starken politisch-diplomatischen Kraft der Westmächte einem europäischen Frieden entgegenzustreben, der nicht einseitig von der Sowjetunion formuliert und diktiert ist.“ *W. F.*